

Zeitschrift: Wasser Energie Luft = Eau énergie air = Acqua energia aria
Herausgeber: Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
Band: 104 (2012)
Heft: 4

Artikel: Die Schlüsselrolle der Wasserkraft : "Präsidialansprache HV 2012"
Autor: Baader, Caspar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-941903>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schlüsselrolle der Wasserkraft

«Präsidentiansprache HV 2012»

Caspar Baader



Sehr geehrte Damen und Herren

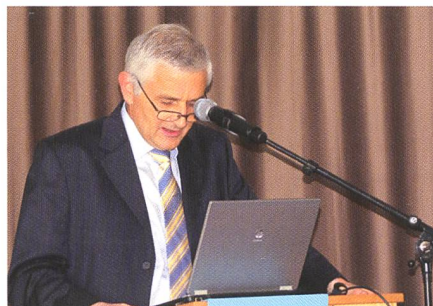
Bereits sind eineinhalb Jahre vergangen, seit Bundesrat und Parlament ohne klare Alternativen den Ausstieg aus der Kernenergie und damit die sogenannte Energiegewende beschlossen haben. Welche konkreten Massnahmen zum Ersatz der wegfallenden Strommenge mehrheitsfähig sind, ist nach wie vor völlig offen. Dabei werden uns je nach Entwicklung des Verbrauchs und der Sparerfolge zwischen 25 und 50 TWh Jahresproduktion (!) fehlen.

Immerhin: es dämmert da und dort, dass der Weg steiniger werden könnte als verkündet. Denn Widerstände sind in alle Richtungen zu erwarten: Landschaftsschützer gegen Windanlagen und Netzausbau, Denkmalschützer gegen solare Dachaufbauten, Fischer und Gewässerschützer gegen Wasserkraft, Klimaschützer gegen fossile Stromproduktion, Kantone und Gemeinden gegen Autonomieverluste, Energieunternehmen gegen riskante Investitionen und Stromkonsumenten gegen massive Preisaufschläge.

Die Schweiz wird mit Sicherheit neue Kompromisse benötigen – wir sind aber noch sehr weit davon entfernt. Das Stimmvolk konnte im Übrigen zur postulierten Energiegewende und den damit verbundenen Konsequenzen noch gar keine Meinung abgeben. Und es ist offen, ob es überhaupt zu einer Abstimmung kommen wird – was angesichts der Tragweite dieses Entscheides unserer Demokratie unwürdig wäre.

Unveränderte Rahmenbedingungen

Die Auseinandersetzungen rund um die Energiezukunft bringen ein mehr oder weniger stabiles Gleichgewicht zwischen Schutz und Nutzung sowie zwischen Staat und Wirtschaft ins Wanken. Einiges gilt es neu auszuhandeln. Und das trifft im Besonderen auch auf die Wasserkraft zu. Sie stand denn auch während Monaten im Brennpunkt des medial verstärkten Gezerres rund um die Energiepolitik und wird es auch in den kommenden Monaten wieder sein.



Nationalrat Caspar Baader,
Präsident SWV.

Das ist natürlich primär eine Chance und gibt uns Rückenwind! Allerdings ist auch festzuhalten, dass sich bis jetzt an den Rahmenbedingungen für die Wasserkraft noch rein gar nichts geändert hat und ein Zubau unverändert schwierig bleibt. Die von der Politik geäusserten Hoffnungen und Wünsche sind dabei gelegentlich der Realität weit entrückt. Während der Bundesrat das neue, nach unten korrigierte aber immer noch äusserst ambitionöse Ausbauziel von 3.2 TWh verkündet, zeigen die aktuellsten Daten der Wasserkraftstatistik per Anfangs 2012 den erstmaligen Rückgang der Produktionserwartung in der Geschichte der Wasserkraft!

Ohne die Schaffung von Investitionsanreizen und neue Gewichtungen in der Interesseabwägung zwischen Schutz und Nutzung bleibt das gesetzte Ziel zum Ausbau der Wasserkraft weiterhin reine Theorie. Es besteht eine Diskrepanz zwischen dem (Lippen-) Bekenntnis der Politik zur Wasserkraft und der Bereitschaft, konkrete Massnahmen umzusetzen. Im ersten bundesrätlichen Paket zur Energiestrategie 2050 jedenfalls ist noch keine einzige Massnahme auszumachen, welche die Rahmenbedingungen der Wasserkraft verbessern würde.

Wasserkraft als Schlüsselenergie

Dabei ist klar: die Wasserkraft spielt eine Schlüsselrolle für die Stromversorgung der Schweiz – heute und noch verstärkt in der Zukunft. Nicht nur liefert sie mehr als

die Hälfte der Jahresproduktion aus einheimischer, erneuerbarer Quelle. Mit den flexibel zu- und abschaltbaren Kraftwerken vermag sie zusätzlich den dringend benötigten Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot zu schaffen und sorgt damit für Netzstabilität. Bestleister sind auch die Speicherseen, die mit der saisonalen Umlagerung vom Sommer in die verbrauchsstarken Wintermonate den Versorgungsengpass in der kalten Jahreszeit schmälern und gleichzeitig einen Beitrag zum Schutz vor Hochwasser leisten. Bei einem Ausstieg aus der Kernenergie und Zubau von neuen erneuerbaren Energien brauchen wir mehr Speichermöglichkeiten sowohl für die saisonale Umlagerung wie auch für die kurzfristige Einlagerung von überschüssigem Strom mittels Pumpspeicherung.

Nur: die Signale für einen Ausbau der Wasserkraft stehen (noch) nicht auf grün. Diverse Hemmnisse verunmöglichen die Weiterentwicklung, wobei folgende drei Spannungsfelder im Vordergrund stehen.

Spannungsfeld Umweltschutz

Das erste Spannungsfeld ist dasjenige mit dem Umweltschutz. Unmittelbar im Anschluss an die Verkündung des neuen Ausbauzieles durch den Bundesrat droht die Umweltverbände unverhohlen mit einer neuen Initiative gegen den Ausbau der Wasserkraft. Nun sind Initiativen ein legitimes demokratisches Recht. Dennoch wirft die Aktion ein Licht auf die Kompromissbereitschaft einiger Akteure und lässt erahnen, dass die breite Akzeptanz für die Energiegewende und ihre Auswirkungen fehlt und noch viel Überzeugungsarbeit benötigen wird.

Dass die Konflikte zwischen Schutz und Nutzung gerade bei der Wasserkraft ausgeprägt hervorgetreten sind, liegt sowohl an den vergleichsweise fortgeschrittenen Analysen zum Potenzial wie auch an den bereits Mitte des 20. Jahrhunderts gemalten Feindbildern, als den Anliegen des

Umweltschutzes zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Es wäre aber verfehlt, die Debatte entlang der gleichen Linien zu führen. Umweltbewusstsein wird seit Jahren an den Grundschulen gelehrt und durchdringt unsere Gesellschaft. Ausdruck davon ist neben einer Vielzahl umweltrechtlicher Vorgaben das bereits 20-jährige Gewässerschutzgesetz, das vor Jahresfrist bekanntlich nochmals deutlich verschärft wurde. Die strengen Vorgaben bieten Gewähr, dass der noch denkbare Ausbau der Nutzung der Wasserkräfte umweltverträglich gestaltet würde.

Es gibt eine Reihe von aktuellen Geschäften, die zu Prüfsteinen für die neue Energiepolitik und die Bereitschaft für ein Umdenken werden. Um nur zwei Beispiele zu nennen: 1) Die ausstehende Restwassersanierung der Rheinschleife beim Kraftwerk Rheinau, wo die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) eine Erhöhung der Restwassermenge von heute 5 m³/s auf rund 150 m³/s fordert und damit das ganze Kraftwerk in Frage stellt! Das liegt doch reichlich quer in der energiepolitischen Landschaft. Und es ist äusserst fraglich, ob die mit einer solchen Sanierung verlustig gehende Produktion andernorts umweltverträglicher ersetzt werden kann. Und 2) Das Projekt zur Erweiterung des bestehenden Kraftwerkes der Electra-Massa im Oberaletsch, wo mit äusserst geringen Auswirkungen auf Gewässer und Landschaft rund 100 GWh Strom produziert werden könnten. Während die Unternehmen bereit sind zu investieren und Kanton und Gemeinden das Vorhaben unterstützen, stellen sich die Umweltverbände aus fundamentalistischen Gründen gegen eine Auflösung des einmal abgeschlossenen Vertrages zum Nutzungsverzicht.

Spannungsfeld Wirtschaftlichkeit

Mindestens so hemmend wie überzogene Schutzanliegen sind aber die ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen, das zweite Spannungsfeld. Zum einen sorgt die Bundesgesetzgebung seit Jahren für eine rasch steigende Belastung der Wasserkraft mit Gebühren und Abgaben. Letzte Beispiele sind die schrittweise Erhöhung der Wasserzinsen und die Einführung der Renaturierungsabgabe. Zum anderen ist die Investitionsbereitschaft der Kraftwerksgesellschaften angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen wenig ausgeprägt. Zu unsicher sind die wirtschaftlichen Bedingungen, zu tief die Strompreise, zu ungünstig die Preissignale. Die aktuelle Förderpolitik über Subventionen führt zudem

zu schädlichen Marktverzerrungen. Das bekommt auch die Wasserkraft zu spüren.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Pumpspeicherung. Es ist weitherum unbestritten, dass die Pumpspeicherung als effizienteste Form der Einlagerung von Strom ausgebaut werden muss, um den europaweiten Zubau von fluktuierendem Sonnen- und Windstrom überhaupt ins Netz integrieren zu können. Zwar gibt es auch hier das politische Bekenntnis des Bundesrats für den Ausbau, unlängst bekräftigt in der Beantwortung eines Postulats zur «Stärkung der Stromdrehscheibe Schweiz und der Versorgungssicherheit» und auch öffentlichkeitswirksam mit der Unterzeichnung einer Erklärung mit den Ministern Österreichs und Deutschlands kundgetan. Doch gleichzeitig werden die bisher für die Pumpspeicherung wirtschaftlich interessanten Mittagsspitzen an Schönwettertagen just durch subventionierte Photovoltaik-Anlagen konkurriert, was die Wirtschaftlichkeit der nicht subventionierten Investitionen untergräbt.

Die Schweiz sollte sich verabschieden von ineffizienten Einspeisevergütungen für ausgewählte Stromproduktionsformen. Subventionen, die nicht eingepreist werden, senden falsche Signale an die Investoren, führen damit zu Fehlallokation der Mittel und gefährden darüber hinaus die nicht subventionierten Investitionen in die Wasserkraft. Dadurch werden sinnvolle Modernisierungs- und Erweiterungsprojekte der einheimischen und erneuerbaren Wasserkraft verhindert. Das ist kaum im Sinne der Versorgungssicherheit der Schweiz.

Spannungsfeld Heimfälle

Das dritte Spannungsfeld resultiert aus der Tatsache, dass in den nächsten beiden Jahrzehnten praktisch sämtliche Konzessionen der grossen Wasserkraftwerke auslaufen. Damit stehen die konzessionsgebenden Gemeinwesen vor der Frage, ob sie den Heimfall wahrnehmen und die Wasserkraftanlagen selber übernehmen sollen oder die Konzession gegen eine Heimfallsverzichtsentschädigung wieder an eine Kraftwerksgesellschaft übertragen wollen.

Bis anhin war die Rollenteilung klar: Kantone und Gemeinden vergeben als Inhaber der Gewässerhoheit das Nutzungsrecht an der Ressource Wasser für eine bestimmte Dauer an eine Kraftwerksgesellschaft. Im Gegenzug erhalten sie jährlich Wasserzinsen und Steuereinnahmen, oftmals auch Gratis- und Vorzugsenergie sowie Beiträge an Infrastrukturbauten. Der

Staat reguliert und die Wirtschaft produziert. Diese marktwirtschaftliche Rollenverteilung wird allerdings zunehmend in Frage gestellt und die Gemeinwesen liebäugeln zuweilen mit der Übernahme der milliardenschweren Vermögenswerte. Ob der Staat allerdings der bessere Unternehmer ist, darf bezweifelt werden.

Das bisherige Modell hat sich eigentlich bewährt. Dass die Gemeinwesen an einem höheren Anteil an der direkten Wertschöpfung mittels Beteiligung interessiert sind, ist nachvollziehbar und legitim. Allerdings gilt es ja nicht nur allfällige Gewinne abzuschöpfen, sondern auch die Risiken mitzutragen. Es sei daran erinnert, dass in der Wasserkraft vor gut 10 Jahren von nichtamortisierbaren Investitionen (NAI) in der Grössenordnung von 4–5 Mrd. CHF ausgegangen wurde. Der Wert der Wasserkraft schwankt über die Jahre. Produzieren bedeutet damit nicht nur profitieren sondern investieren und Risiko tragen. Entscheidend für die Zukunft der Wasserkraft als Schlüsselenergie der Schweiz ist vor allem, dass die kommenden Heimfälle bzw. Konzessionserneuerungen die bestehende Produktion nicht gefährden oder zu einer weiteren Verteuerung der Wasserkraft führen.

Fazit

Die neue Energiepolitik ist leichter verkündet als umgesetzt. Das gilt im Besonderen auch für die Wasserkraft, der unbestrittenermassen eine Schlüsselrolle bei der Versorgungssicherheit zukommen wird. Die Schweiz tut gut daran, diesen Standortvorteil effizient zu nutzen. Das bedeutet zum einen, der bestehenden Produktion aus Wasserkraft Sorge zu tragen, namentlich nicht unnötige Verluste in Kauf zu nehmen oder die Konkurrenzfähigkeit leichtfertig mit immer neuen Abgaben und Belastungen zu gefährden. Zum anderen gilt es Investitionen in die Erneuerung sowie den wirtschaftlichen und umweltverträglichen Ausbau attraktiv zu machen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, der SWV bleibt weiterhin gefordert. Wir brauchen den Verband, um gemeinsame Positionen zu erarbeiten, Diskussionen über laufende Begehren und Vorhaben zu führen sowie den Fachaustausch zu pflegen. Ich bin überzeugt, dass der Verband hierbei als Plattform weiterhin eine wichtige Rolle spielt. Und ich danke Ihnen ganz herzlich für ihre Unterstützung unserer Aktivitäten!

Damit erkläre ich die heutige Versammlung als eröffnet.

